

118
lehren. Und wenn heute jeder sozialdemokratische Arbeiter das Faß der Politik seiner Partei seit 1918 zieht, so hämmert ihm im Hinterkopf der Gedanke ein: Ist die Politik unserer Partei richtig? Und wir können eine tiefgreifende Gürtung unter der proletarischen Mitgliedschaft der SPD feststellen. Sie findet zum gewissen Grade in den Anträgen zum Kieler Parteitag ihren Ausdruck. Am deutlichsten trat das im Antrag Zwickau hervor. Der besagt unter anderem z. B. folgendes:

„Die bürgerlichen Parteien haben erkannt, daß die republikanische Staatsform keinerlei Hindernis für die rückständige Verfolgung der einseitigen Profitinteressen der Bourgeoisie darstellt. Es ist ihnen gelungen, aus der von der deutschen Arbeiterschaft geschaffenen Republik einen Staat zu machen, der mindestens ebenso wie die einstige Monarchie, ein Herrschaftsinstrument in der Hand der Bourgeoisie ist. ... Die innerhalb der sozialistischen Bewegung vielfach befürwortete und unterstützte Politik des Ausgleichs von Klassenengesetzen und der „Volksgemeinschaft“ ist heute als bürgerliche, antiproletarische Ideologie scharf gekennzeichnet, deren zeitweiser (?) Einfluß auf die Politik der Sozialdemokratischen Partei die Lebensinteressen der Partei und damit des gesamten Proletariats schädigt.“

Diese wenigen Aussätze sprechen schon genug für die Stimmung innerhalb der SPD. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Anträge nur ein verzerres Spiegelbild der wahren Ansichten der SPD-Arbeiter darstellen. Dafür sorgen zur Genüge SPD-Bürokraten und Führerlinge.

Der Parteivorstand der SPD, sieht die heraufziehende Gewitterstimmung und versucht durch Beschwichtigungsartikel den hervorbrechenden Sturm zu dämmen und zu brechen. So ist z. B. im „Vorwärts“ vom 5. Mai ein Artikel vom Reichspräsidenten Paul Lobe erschienen mit der Überschrift: „Demokratie und Sozialismus. Ein Beitrag zur Taktik der Partei.“ Dieser Artikel gibt den Beweis dafür ab, wie hilflos die prominenten Führer der SPD, dem Zusammenbruch ihrer eigenen Politik gegenüberstehen.

Obwohl Paul Lobe eingangs seines Artikels mit Recht die Widersprüche der Opposition aufzeigt, deckt sich dennoch seine Stellung im Grunde genommen mit der Stellung der sog. Linken und die Liebhaber und Feindhunde schrecken vor den Konsequenzen ihrer eigenen Kritik zurück und verstecken sich in Widersprüche, die geradezu Wasser auf die Mühlen der ausgesprochenen, offenen Scheidemanns à la Victor Schiff liefern.

Nach Paul Lobe sind und waren für die Politik der SPD „politische oder wirtschaftliche Gesichtspunkte“ entscheidend. Je nachdem, er schreibt:

„Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs, in den ersten Jahren der Republik, standen die politischen Fragen im Vordergrund des Tageskampfes.“

Deshalb „war die Parole dieser Jahre“:

„Schutz der Republik, auch der bürgerlichen Republik, gegenüber offenen und versteckten Monarchisten und faschistischen Bestrebungen.“

Heute treten „wirtschaftliche Gesichtspunkte“ in den Vordergrund:

„Die Republik erscheint aus vielen Gründen durch gewaltsame Putsche nicht mehr bedroht. Heute und in der nächsten Zukunft gilt der Kampf dem auch in der Republik sich mächtig ausbreitenden, dem Staat in jeder Form zunehmend beherrschenden Kapitalismus selbst. (Im Original gesperrt: D. Verl.) Heute rückt die wirtschaftliche Seite unseres Kampfes wieder mächtig in den Vordergrund.“

Dialektik

(Zum Diskussionsartikel: Dialektik, nicht Metaphysik.)

Nachfolgender Beitrag ist eine Erweiterung auf einen Artikel im „Proletarier“. Wir bringen ihn, trotzdem er das Thema nicht erschöpft, insofern, daß sowohl in dem Artikel im „Proletarier“ als auch in der vorliegenden Erweiterung die Frage der Taktik nichts zu tun hat. Für nicht berücktsichtigt ist: Red. der „KAZ.“

Ich will nicht die theoretische Fragestellung Andre St. Pierre, ob der „landläufige philosophische Materialismus“ von historischen Materialismus akzeptiert werden muß, beantworten, sondern mich mit der Frage der Taktik beschäftigen. Für mich ist klar, daß eine der theoretischen Voraussetzungen des historischen Materialismus durch die Existenz des philosophischen Materialismus gegeben war: wie überhaupt die marxistische Theorie, einen Teil ihrer Kraft von der bürgerlichen Wissenschaft, nämlich von Kant und Hegel bezog. Wenn Marx die historische Auffassung von der Dialektik als auf dem Kopf stehend bezeichnet, so mußte sie doch erst, wenn auch in schiefer Stellung, vorzulegen werden, um richtiggestellt ein Teil neuer Erkenntnis zu werden. Alle Erkenntnis ist historisch, und so entstand durch die Kritik des Vorhandenen der dialektische Materialismus der nicht mehr interpretieren, sondern verändern soll. Die Wissenschaft selbst unterliegt der dialektischen Entwicklung und so kann man nicht umhin, auch die besten Formen zu rezipieren, indem man sie weitertreibt und ändert.

Andre St. Pierre glaubt, daß durch die Identifizierung des philosophischen mit dem historischen Materialismus letzterer mit metaphysischen Elementen infiziert werden könnte. Nichts anderes kann man verstehen, wenn er oben weiteres von dem Gegensatz: Metaphysik-Dialektik zu den beiden verschiedenen materialistischen Auffassungen überträgt.

Er behauptet dann weiter, daß die KAPD, eine Epoche hinter sich habe, in der sie mehr metaphysisch als dialektisch eingestellt war, wo sie also den philosophischen mit dem historischen Materialismus (ähnlich wie die Russen (?) identifizierten) die vollständige Identifizierung die dialektische Denkmethode nicht verstanden könnte. Es ist bei Abhandlung dieses Themas überhaupt besser, an die beiden den Pierre'schen Artikel zu denken, denn dann ist sich von ihm sofort das ganze aufgemachte wissenschaftliche Drum und Dran. Es bleiben einige politisch-aktuelle Fragen übrig, die allerdings größtes Interesse erheben.

Sodann wird wieder bei den beiden grundsätzlichen verschiedenen Dingen: Metaphysik und Dialektik oder Idealismus und Materialismus, bürgerliche oder proletarische Anschauung. So soll sich nach Andre St. Pierre die Metaphysik der KAPD in der „Theorie der Selbstbewußtseinsentwicklung“ am besten darstellen haben. Sie soll zum Vergessen des Marx'schen Satzes: „daß das Sein das Bewußtsein bestimmt“ geführt

Die revolutionäre Presse

ist die unersetzliche Waffe in den Händen des revolutionären Arbeiters.

Kein Preis darf zu hoch sein um sie zu stützen und auszubauen. Ihr Kampf ist euer Kampf, ihre Not eure Not.

Unterstützt die „KAZ.“ durch Sammlungen für den Pressfond, durch Werbung neuer Leser und ihr kämpft mit ihr für die Revolution!

Vordergrund, der Kampf für soziale Forderungen, für den Sozialismus überflutet den formalen Demokratismus und für die Republik. (Von uns gesperrt: D. Verl.)

Sehr aufschlußreich ist die von Paul Lobe verteidigte Taktik der SPD. Zuerst alles einseitig, damit die bürgerliche Republik und ihre Besitzer, die kapitalistischen Ausbeuter, vor dem Zugriff ihrer Feinde geschützt und bewahrt wird. Dies hat bekanntlich Noske im Auftrag der SPD, und der „freien“ Gewerkschaften, in einem Meer von Arbeiterblut wafend, vorzüglich ausgeführt. Und jetzt, wo die Kapitalisten fest im Sattel sitzen und die Arbeiter zu spüren bekommen, was „formale Demokratie“ in der bürgerlichen Republik für sie bedeutet, da will man den Kampf gegen den mit eigener Hilfe erstarkten Arbeiter reiten — nichts kann die Liebe der KPD-Parlamentarier für die „einfachen“ Polizeischergen erschüttern. — Wie, Prolet, du zweifelst daran, daß du wählst, dies sei wieder nur ein neuer „antibolschewistischer Schwendel“? Dann lies nur, was der KPD-Abgeordnete Kasp in dem Bericht über den „Roten Fahne“ vom 12. Mai im Landtage zum Polizeibeamtengesetz sagte:

„Was hat der Gesetzesentwurf gebracht? Einen schändlichen Beschluß des Reichstages. Das Urteil aller Schulpolitiker geht dahin, daß dieses Gesetz keinerlei Verbesserungen bringt, daß es reaktionäre, beamtenfeindliche Fesseln enthält. Die abnehmende Haltung gegenüber diesem Gesetzesentwurf ist nicht nur einseitig bei der Schulpolitiker, sondern bei der gesamten preussischen und deutschen Beamtenschaft. Der Kampf gegen das neue Gesetz wird genau so weitergeführt werden, wie der Kampf gegen das alte Schutzpolizeigesetz. Sehr richtig! bei den Kommunisten.“

Wir werden diesem Gesetzesentwurf, der den Beamten ihre Rechte raubt, nicht zustimmen. Auch ein Überbot von 5 oder 6 Jahren ist für uns undenkbar. Einen Gesetzesentwurf, der die Möglichkeit gibt, die Polizeibeamtenschaft zu entlassen, ist für uns ein Verbrechen. Wir werden diesem Gesetzesentwurf, der die Unfallsorge und die dienstlichen Bestimmungen der Parteien, die den Polizeibeamtenschaft bisher Versprechungen gemacht haben und sie gegen die Kommunisten gehetzt haben, brechen alle ihre Versprechungen ebenso wie die Regierung. Sie wollen nicht einmal eine sachliche Beratung im Beamtenausschuß durchführen, sondern das Gesetz im Hauptausschuß abtun, um dieses Gesetz so schnell wie möglich durchzusetzen. (Stürmisches Gelächter.)

Wir wissen, daß diese Ministerium und die Ministerium partei nicht nur die Koalition einleitet der Beamten beschneiden, sondern den Polizeibeamtenschaft auch die anderen staatsbürgerlichen Rechte, das Wahlrecht usw. zu nehmen beabsichtigen. ... Darum sagen wir den Polizeibeamtenschaft: ein Wendejahr für mich klar erkennen, um was es geht. Ihr dürft nicht erlauben, sondern müßt den Kampf führen gegen alle Reaktionen, wenn es sein muß, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln.“

Wie die von der KPD, so unworbenen „einfachen“ Polizeibeamtenschaft mit dem Proletariat sympathisiert, hat sich erst am Stahlhelmtag wieder eindeutig gezeigt. Die „Rote Fahne“ fällt in ihrer Ausgabe vom 10. Mai ganze Spalten mit ausführlichen Berichten über die Polizeibrutalität vom 8. Mai. Zur Charakterisierung der „einfachen“ Polizeibeamtenschaft wollen wir

82
aus der Fülle des Materials nur den folgenden Bericht herauszählen:

„Mittwoch, 1. Mai, um 11 Uhr. Der parteilose Arbeiter Semrau kam am Sonntag mit seiner Frau gegen 7 Uhr von einem Fußballspiel die Chausseestraße entlang und überquerte diese Ecke Invalidenstraße, da er mit einem Auto nach Hasse fahren wollte, um seine Kinder nicht länger vor der Tür warten zu lassen; Durch die Stahlhelmtage war Gedränge auf der Straße, so daß diese nur schwierig zu überqueren war, und so stand die Frau des Semrau zwischen den Schienen und Straßenbahn, als von beiden Seiten Wagen kamen. Daraufhin sprang ein Sipo binza und stieß die Frau mit den Worten „Geben Sie doch zurück“ gegen eine laufende Straßenbahn. Der Mann, der dies sah, fiel erregt zu dem Beamten und sagte: „Das ist ja unendlich, was man hier gegen eine wehrlose Frau vorgut!“ Darauf wurde er verhaftet. Die Frau wollte daraufhin die Adressen einiger Zeugen aufschreiben und wurde deshalb von dem Beamten mit dem Gummiknüppel auf Kopf und Arm geschlagen. Auch der Mann, der dazwischen sprang, wurde mehrfach geschlagen.

Die empörte Menge wurde dann zurückgedrängt. Als der Mann von dem Beamten ins Gefängnis transportiert wurde, wurde er auf dem Kopf und Arm geschlagen. Zeugen aufzunehmen möge, erhielt er wiederum Schläge. Er wurde dann auf der Stettiner Bahnhofswache eingekerkert und dort wiederum schwer mißhandelt. Nach einiger Zeit Straßendünen um die (Gumst der Schupo zu bilden). Das war die Polizei am 1. Mai, das gegenwärtig im Preussischen Landtag zur Beratung steht, ist der KPD-Beamtenschaft ein willkommenes Anlaß, um zum unzulässigen Male eine Lanze für die grünen Ordnungshüter zu brechen. — So brutale Angriffe auf die Mitglieder der SPD gegen demagogische Arbeiter reiten — nichts kann die Liebe der KPD-Parlamentarier für die „einfachen“ Polizeischergen erschüttern. — Wie, Prolet, du zweifelst daran, daß du wählst, dies sei wieder nur ein neuer „antibolschewistischer Schwendel“? Dann lies nur, was der KPD-Abgeordnete Kasp in dem Bericht über den „Roten Fahne“ vom 12. Mai im Landtage zum Polizeibeamtengesetz sagte:

Politische Rundschau

Die Kasperies der Zürihelden Garde

Die KPD, für Besserstellung der Faschistenpolizei!!!

Nach sind die Wunden nicht vernarbt, die hundert Berliner Proletariats am Stahlhelmtag-Sonntag von den Zürihelden-Polizisten geschlagen wurden, noch können die von den uniformierten Gummiknüppelhelden schwer Mißhandelten ihre Glieder vor Schmerz nicht bewegen — und schon sind die KPD-Parlamentarier abermals geschäftig am Werke, wie dem Zürihelden die (Gumst der Schupo zu bilden). Das war die Polizei am 1. Mai, das gegenwärtig im Preussischen Landtag zur Beratung steht, ist der KPD-Beamtenschaft ein willkommenes Anlaß, um zum unzulässigen Male eine Lanze für die grünen Ordnungshüter zu brechen. — So brutale Angriffe auf die Mitglieder der SPD gegen demagogische Arbeiter reiten — nichts kann die Liebe der KPD-Parlamentarier für die „einfachen“ Polizeischergen erschüttern. — Wie, Prolet, du zweifelst daran, daß du wählst, dies sei wieder nur ein neuer „antibolschewistischer Schwendel“? Dann lies nur, was der KPD-Abgeordnete Kasp in dem Bericht über den „Roten Fahne“ vom 12. Mai im Landtage zum Polizeibeamtengesetz sagte:

„Was hat der Gesetzesentwurf gebracht? Einen schändlichen Beschluß des Reichstages. Das Urteil aller Schulpolitiker geht dahin, daß dieses Gesetz keinerlei Verbesserungen bringt, daß es reaktionäre, beamtenfeindliche Fesseln enthält. Die abnehmende Haltung gegenüber diesem Gesetzesentwurf ist nicht nur einseitig bei der Schulpolitiker, sondern bei der gesamten preussischen und deutschen Beamtenschaft. Der Kampf gegen das neue Gesetz wird genau so weitergeführt werden, wie der Kampf gegen das alte Schutzpolizeigesetz. Sehr richtig! bei den Kommunisten.“

Wir werden diesem Gesetzesentwurf, der den Beamten ihre Rechte raubt, nicht zustimmen. Auch ein Überbot von 5 oder 6 Jahren ist für uns undenkbar. Einen Gesetzesentwurf, der die Möglichkeit gibt, die Polizeibeamtenschaft zu entlassen, ist für uns ein Verbrechen. Wir werden diesem Gesetzesentwurf, der die Unfallsorge und die dienstlichen Bestimmungen der Parteien, die den Polizeibeamtenschaft bisher Versprechungen gemacht haben und sie gegen die Kommunisten gehetzt haben, brechen alle ihre Versprechungen ebenso wie die Regierung. Sie wollen nicht einmal eine sachliche Beratung im Beamtenausschuß durchführen, sondern das Gesetz im Hauptausschuß abtun, um dieses Gesetz so schnell wie möglich durchzusetzen. (Stürmisches Gelächter.)

Wir wissen, daß diese Ministerium und die Ministerium partei nicht nur die Koalition einleitet der Beamten beschneiden, sondern den Polizeibeamtenschaft auch die anderen staatsbürgerlichen Rechte, das Wahlrecht usw. zu nehmen beabsichtigen. ... Darum sagen wir den Polizeibeamtenschaft: ein Wendejahr für mich klar erkennen, um was es geht. Ihr dürft nicht erlauben, sondern müßt den Kampf führen gegen alle Reaktionen, wenn es sein muß, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln.“

Wie die von der KPD, so unworbenen „einfachen“ Polizeibeamtenschaft mit dem Proletariat sympathisiert, hat sich erst am Stahlhelmtag wieder eindeutig gezeigt. Die „Rote Fahne“ fällt in ihrer Ausgabe vom 10. Mai ganze Spalten mit ausführlichen Berichten über die Polizeibrutalität vom 8. Mai. Zur Charakterisierung der „einfachen“ Polizeibeamtenschaft wollen wir

83
lition. Doch das ist nur relativ; niemals dürfen wir verkennen, daß die Zeit mit uns ist, daß sich, wenn auch nicht direkt sichtbar, die kritische Kraft in der Masse auf Grund der ewigen Entbartheit mehr und mehr ausbreitet und ewiger Entbartheitswalter wird und daß in den logischen Konsequenzen einbrechenden Auseinandersetzungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat dieses vermehrte Selbstbewußtsein ist, welches als unüberwindliche Gegner ohne jede Konzession an Zurückgebliebenheit den Sieg erkämpfen wird.

„Eine gezeigte Kraft vermag oft noch nicht die Aufgabe zu erfüllen; und etwas Geringes, dieser gegebenen Kraft hinreichend, ist, in diese zu bewilligen. Was uns noch fehlt, werden wir in den ausbreitenden Massen erfahren. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Frage der Selbstbewußtseinsentwicklung nicht mehr und nicht weniger als das, was der Partei der Revolution allein vor der Revolution diebildeinständige Propaganda der revolutionären Idee. In den Spartakusbroschüren sagt Rosa Luxemburg zu diesem Thema: „Freilich lassen sich Revolutionen nicht auf Kommando machen. Dies ist gar nicht die Aufgabe der sozialistischen Partei. Pflicht ist es, jederzeit unerschrocken auszusprechen, was ist; d. h. den Massen klar und deutlich ihre Aufgaben im gegebenen Moment vorzuhalten, und das politische Aktionsprogramm und die Lösungen zu proklamieren, die sich aus der Situation ergeben. Die Sorge dafür, ob und wann die revolutionäre Massenbewegung sich daran konzipiert, muß der Sozialismus getrost der Geschichte selbst überlassen. Er erfüllt in diesem Sinne seine Pflicht, dann wirkt er als mächtiger Faktor bei der Entfaltung der revolutionären Elemente der Situation und trägt zur Beschleunigung des Ausbruchs der Massenaktionen bei. Aber auch im schlimmsten Falle, wenn er zunächst als Rufer in der Wüste erscheint, dem die Massen ihre Gefolgschaft versagen, schafft er sich, wie es sich am Beispiel der Revolution von 1905 zeigt, ein politisches, moralisches und politisches Prestige heraus, eine feste, wenn die Stunde der geschichtlichen Erfüllung schlägt, ein Zinseszins einheimst.“

Die Praxis der revolutionären Propaganda ist A. St. Pierre zu wenig. Sich nur darauf einzusetzen, zu haben, und so passiv zu sein, ist der Vorwurf, den er der KAPD macht. Und hier verlangt er die Metaphysik, die er oben der KAPD als Laster vorwarf; denn er behauptet nun, daß die subjektiven Momente noch nicht ausreichend gegeben sind, und verlangt direkt ihre absolute Vollständigkeit. Er weiß allerdings, um Dialektik zu bleiben, daß menschlicher Wille sie nicht schaffen kann und muß so folgerichtig zu dem Schluß kommen, daß ihre Ursache, die objektiven Voraussetzungen noch nicht gegeben sind. Er muß zu diesem Schluß kommen, bei einer Aufklärung der Sache, wenn auch ungewollt, metaphysisch die Selbstbewußtseinsentwicklung im sozialdemokratischen Sinne verlangt. Es ist billig und nicht dialektisch, zu sagen: die Revolution ist nicht da, ergo, sie ist noch nicht möglich.“

(Schluß folgt.)

Der parteilose Arbeiter Semrau kam am Sonntag mit seiner Frau gegen 7 Uhr von einem Fußballspiel die Chausseestraße entlang und überquerte diese Ecke Invalidenstraße, da er mit einem Auto nach Hasse fahren wollte, um seine Kinder nicht länger vor der Tür warten zu lassen; Durch die Stahlhelmtage war Gedränge auf der Straße, so daß diese nur schwierig zu überqueren war, und so stand die Frau des Semrau zwischen den Schienen und Straßenbahn, als von beiden Seiten Wagen kamen. Daraufhin sprang ein Sipo binza und stieß die Frau mit den Worten „Geben Sie doch zurück“ gegen eine laufende Straßenbahn. Der Mann, der dies sah, fiel erregt zu dem Beamten und sagte: „Das ist ja unendlich, was man hier gegen eine wehrlose Frau vorgut!“ Darauf wurde er verhaftet. Die Frau wollte daraufhin die Adressen einiger Zeugen aufschreiben und wurde deshalb von dem Beamten mit dem Gummiknüppel auf Kopf und Arm geschlagen. Auch der Mann, der dazwischen sprang, wurde mehrfach geschlagen.

Die empörte Menge wurde dann zurückgedrängt. Als der Mann von dem Beamten ins Gefängnis transportiert wurde, wurde er auf dem Kopf und Arm geschlagen. Zeugen aufzunehmen möge, erhielt er wiederum Schläge. Er wurde dann auf der Stettiner Bahnhofswache eingekerkert und dort wiederum schwer mißhandelt. Nach einiger Zeit Straßendünen um die (Gumst der Schupo zu bilden). Das war die Polizei am 1. Mai, das gegenwärtig im Preussischen Landtag zur Beratung steht, ist der KPD-Beamtenschaft ein willkommenes Anlaß, um zum unzulässigen Male eine Lanze für die grünen Ordnungshüter zu brechen. — So brutale Angriffe auf die Mitglieder der SPD gegen demagogische Arbeiter reiten — nichts kann die Liebe der KPD-Parlamentarier für die „einfachen“ Polizeischergen erschüttern. — Wie, Prolet, du zweifelst daran, daß du wählst, dies sei wieder nur ein neuer „antibolschewistischer Schwendel“? Dann lies nur, was der KPD-Abgeordnete Kasp in dem Bericht über den „Roten Fahne“ vom 12. Mai im Landtage zum Polizeibeamtengesetz sagte:

„Was hat der Gesetzesentwurf gebracht? Einen schändlichen Beschluß des Reichstages. Das Urteil aller Schulpolitiker geht dahin, daß dieses Gesetz keinerlei Verbesserungen bringt, daß es reaktionäre, beamtenfeindliche Fesseln enthält. Die abnehmende Haltung gegenüber diesem Gesetzesentwurf ist nicht nur einseitig bei der Schulpolitiker, sondern bei der gesamten preussischen und deutschen Beamtenschaft. Der Kampf gegen das neue Gesetz wird genau so weitergeführt werden, wie der Kampf gegen das alte Schutzpolizeigesetz. Sehr richtig! bei den Kommunisten.“

Wir werden diesem Gesetzesentwurf, der den Beamten ihre Rechte raubt, nicht zustimmen. Auch ein Überbot von 5 oder 6 Jahren ist für uns undenkbar. Einen Gesetzesentwurf, der die Möglichkeit gibt, die Polizeibeamtenschaft zu entlassen, ist für uns ein Verbrechen. Wir werden diesem Gesetzesentwurf, der die Unfallsorge und die dienstlichen Bestimmungen der Parteien, die den Polizeibeamtenschaft bisher Versprechungen gemacht haben und sie gegen die Kommunisten gehetzt haben, brechen alle ihre Versprechungen ebenso wie die Regierung. Sie wollen nicht einmal eine sachliche Beratung im Beamtenausschuß durchführen, sondern das Gesetz im Hauptausschuß abtun, um dieses Gesetz so schnell wie möglich durchzusetzen. (Stürmisches Gelächter.)

Wir wissen, daß diese Ministerium und die Ministerium partei nicht nur die Koalition einleitet der Beamten beschneiden, sondern den Polizeibeamtenschaft auch die anderen staatsbürgerlichen Rechte, das Wahlrecht usw. zu nehmen beabsichtigen. ... Darum sagen wir den Polizeibeamtenschaft: ein Wendejahr für mich klar erkennen, um was es geht. Ihr dürft nicht erlauben, sondern müßt den Kampf führen gegen alle Reaktionen, wenn es sein muß, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln.“

Wie die von der KPD, so unworbenen „einfachen“ Polizeibeamtenschaft mit dem Proletariat sympathisiert, hat sich erst am Stahlhelmtag wieder eindeutig gezeigt. Die „Rote Fahne“ fällt in ihrer Ausgabe vom 10. Mai ganze Spalten mit ausführlichen Berichten über die Polizeibrutalität vom 8. Mai. Zur Charakterisierung der „einfachen“ Polizeibeamtenschaft wollen wir

lition. Doch das ist nur relativ; niemals dürfen wir verkennen, daß die Zeit mit uns ist, daß sich, wenn auch nicht direkt sichtbar, die kritische Kraft in der Masse auf Grund der ewigen Entbartheit mehr und mehr ausbreitet und ewiger Entbartheitswalter wird und daß in den logischen Konsequenzen einbrechenden Auseinandersetzungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat dieses vermehrte Selbstbewußtsein ist, welches als unüberwindliche Gegner ohne jede Konzession an Zurückgebliebenheit den Sieg erkämpfen wird.

„Eine gezeigte Kraft vermag oft noch nicht die Aufgabe zu erfüllen; und etwas Geringes, dieser gegebenen Kraft hinreichend, ist, in diese zu bewilligen. Was uns noch fehlt, werden wir in den ausbreitenden Massen erfahren. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Frage der Selbstbewußtseinsentwicklung nicht mehr und nicht weniger als das, was der Partei der Revolution allein vor der Revolution diebildeinständige Propaganda der revolutionären Idee. In den Spartakusbroschüren sagt Rosa Luxemburg zu diesem Thema: „Freilich lassen sich Revolutionen nicht auf Kommando machen. Dies ist gar nicht die Aufgabe der sozialistischen Partei. Pflicht ist es, jederzeit unerschrocken auszusprechen, was ist; d. h. den Massen klar und deutlich ihre Aufgaben im gegebenen Moment vorzuhalten, und das politische Aktionsprogramm und die Lösungen zu proklamieren, die sich aus der Situation ergeben. Die Sorge dafür, ob und wann die revolutionäre Massenbewegung sich daran konzipiert, muß der Sozialismus getrost der Geschichte selbst überlassen. Er erfüllt in diesem Sinne seine Pflicht, dann wirkt er als mächtiger Faktor bei der Entfaltung der revolutionären Elemente der Situation und trägt zur Beschleunigung des Ausbruchs der Massenaktionen bei. Aber auch im schlimmsten Falle, wenn er zunächst als Rufer in der Wüste erscheint, dem die Massen ihre Gefolgschaft versagen, schafft er sich, wie es sich am Beispiel der Revolution von 1905 zeigt, ein politisches, moralisches und politisches Prestige heraus, eine feste, wenn die Stunde der geschichtlichen Erfüllung schlägt, ein Zinseszins einheimst.“

Die Praxis der revolutionären Propaganda ist A. St. Pierre zu wenig. Sich nur darauf einzusetzen, zu haben, und so passiv zu sein, ist der Vorwurf, den er der KAPD macht. Und hier verlangt er die Metaphysik, die er oben der KAPD als Laster vorwarf; denn er behauptet nun, daß die subjektiven Momente noch nicht ausreichend gegeben sind, und verlangt direkt ihre absolute Vollständigkeit. Er weiß allerdings, um Dialektik zu bleiben, daß menschlicher Wille sie nicht schaffen kann und muß so folgerichtig zu dem Schluß kommen, daß ihre Ursache, die objektiven Voraussetzungen noch nicht gegeben sind. Er muß zu diesem Schluß kommen, bei einer Aufklärung der Sache, wenn auch ungewollt, metaphysisch die Selbstbewußtseinsentwicklung im sozialdemokratischen Sinne verlangt. Es ist billig und nicht dialektisch, zu sagen: die Revolution ist nicht da, ergo, sie ist noch nicht möglich.“

(Schluß folgt.)

Der parteilose Arbeiter Semrau kam am Sonntag mit seiner Frau gegen 7 Uhr von einem Fußballspiel die Chausseestraße entlang und überquerte diese Ecke Invalidenstraße, da er mit einem Auto nach Hasse fahren wollte, um seine Kinder nicht länger vor der Tür warten zu lassen; Durch die Stahlhelmtage war Gedränge auf der Straße, so daß diese nur schwierig zu überqueren war, und so stand die Frau des Semrau zwischen den Schienen und Straßenbahn, als von beiden Seiten Wagen kamen. Daraufhin sprang ein Sipo binza und stieß die Frau mit den Worten „Geben Sie doch zurück“ gegen eine laufende Straßenbahn. Der Mann, der dies sah, fiel erregt zu dem Beamten und sagte: „Das ist ja unendlich, was man hier gegen eine wehrlose Frau vorgut!“ Darauf wurde er verhaftet. Die Frau wollte daraufhin die Adressen einiger Zeugen aufschreiben und wurde deshalb von dem Beamten mit dem Gummiknüppel auf Kopf und Arm geschlagen. Auch der Mann, der dazwischen sprang, wurde mehrfach geschlagen.

Die empörte Menge wurde dann zurückgedrängt. Als der Mann von dem Beamten ins Gefängnis transportiert wurde, wurde er auf dem Kopf und Arm geschlagen. Zeugen aufzunehmen möge, erhielt er wiederum Schläge. Er wurde dann auf der Stettiner Bahnhofswache eingekerkert und dort wiederum schwer mißhandelt. Nach einiger Zeit Straßendünen um die (Gumst der Schupo zu bilden). Das war die Polizei am 1. Mai, das gegenwärtig im Preussischen Landtag zur Beratung steht, ist der KPD-Beamtenschaft ein willkommenes Anlaß, um zum unzulässigen Male eine Lanze für die grünen Ordnungshüter zu brechen. — So brutale Angriffe auf die Mitglieder der SPD gegen demagogische Arbeiter reiten — nichts kann die Liebe der KPD-Parlamentarier für die „einfachen“ Polizeischergen erschüttern. — Wie, Prolet, du zweifelst daran, daß du wählst, dies sei wieder nur ein neuer „antibolschewistischer Schwendel“? Dann lies nur, was der KPD-Abgeordnete Kasp in dem Bericht über den „Roten Fahne“ vom 12. Mai im Landtage zum Polizeibeamtengesetz sagte:

Der italienische Faschismus und das Proletariat

Im Nachstehenden sollen einige Beispiele gegeben werden, wie sich das faschistische Regime seine wirtschaftlichen und politischen Perspektiven vorstellt. ... Begleiten wir mit dem faschistischen Diktator selbst, mit Mussolini, in Dezember vorigen Jahres-Exkurse zu einem Mitarbeiter der Londoner Zeitung „Sunday Pictorial“. Italien steht eine allgemeine wirtschaftliche Mobilisierung aller Bürger als Faktoren des Produktionsprozesses bevor. Wir haben die Nation auf breiter korporativer Grundlage organisiert. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß wir die korporative Organisation des faschistischen Staates bis zu ihrem logischen Abschluß werden durchführen müssen, wozu vielleicht eine richtige Arbeitspflicht, eine zivile und wirtschaftliche Ausbeutung aller Italiener notwendig sein wird.“ Um also ein Häuflein von Piraten von der Finanz, Industrie und Großgrundbesitz vom Bankrott zu retten, ist Mussolini bereit, ein Land in diesem Falle die Frage mit dem Standpunkt der nationalen Oekonomie in Einklang bringen, und auch die Meinung der Banca d'Italia, der das Monopolverbot für die Emmissionen zu steuern, einholen muß. Das gleiche gilt für den Handel. Der Außenhandel steht unter der Kontrolle der Nationalen Gekommmerzliche Betätigung zulässig ist, ohne die vorherige Zustimmung der Regierungsbehörden und ohne Abführung eines bestimmten Betrages, der sich nach der Größe des Unternehmens richtet. Es ist jedem man von selbst, daß jemand, der keine ausreichende Garantie für seine Loyalität und Treue dem faschistischen Regime geföhrt bietet, nicht Instande ist, eine solche Einwilligung zu erlangen. Zur nationalen Arbeit für die 400 Lira die für die Anleihe gezeichneten Betrages. Wer sich dieser Prozedur nicht entziehen will, der muß sich auf die Suche nach der Anleihe gezeichneten Betrages. Wer kürzern ein Arbeiter aus der Holzbearbeitungsbranche in Maastricht zu einer Gefängnisstrafe von 14 Monaten verurteilt, weil er in Kreise seiner Kollegen die Lektorie, mit anderen Worten, die faschistische Anleihe kritisiert hätte. Durchs Dekret ist der Arbeitstag in verschiedenen staatlichen Institutionen um eine Stunde verlängert worden. Nachdem die korporative Organisation des Staates alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Industrie, Landwirtschaft, Banken, Handel, Transport und andere entsprechende gewerkschaftliche Korporationen zusammengelaf hat, schreitet die faschistische Regierung zur faschistischen Föderation der Handwerker über.

Gleichzeitig geht in beschleunigtem Tempo die Überprüfung des Mitgliederbestandes der Partei vor sich; es werden hierbei alle weniger Disziplinierten, wie überhaupt alle diejenigen, die in der Partei die Gefahr irrenden Komplikationen heraufbeschwören könnten. Die gleiche Anleihe wird auch in den Staatsinstitutionen vorgenommen. Eine ganze Reihe von Beamten des Gerichtsressorts wird in Kreise seiner Kollegen zu nehmen. Das gleiche gilt für die Schule und für andere Ressorts. Seit 1922 haben wir diese Weise mehr als 100.000 Staatsangestellte ihrer Stellung beraubt und sind durch Faschisten ersetzt worden. Allseitig bekannt und in der Öffentlichkeit heraufbeschworen, die Faschisten führen die Todesstrafe durch. Er schienen einführen. Im Zusammenhang damit hat das faschistische Regime eine ganze Reihe von faschistischen militärischen Sondergerichten geschaffen (das permanente oberste Tribunal und örtliche Tribunale, die je nach Bedürfnis zu bilden sind), alle antifaschistischen Parteien und Organisationen aufgelöst, alle oppositionellen Zeitungen unterdrückt, das parlamentarische System durch ein autoritäres ersetzt, die Presse unter der Kontrolle der Faschisten, alle oppositionellen Zeitungen unterdrückt, die letzten Überreste der Versammlungs- und Redefreiheit vernichtet usw. Die reaktionäre Tätigkeit des faschistischen gesetzgeberischen Apparates machte jedoch hierbei noch keineswegs Halt. Am 29. Dezember 1926 erließ die Regierung ein Dekret, das die Todesstrafe für die Verurteilung von Faschisten, die in der letzten Umwälzung des faschistischen Regimes, der auch zum Emblem des italienischen Staates erhoben worden ist.

(Schluß folgt.)

Die empörte Menge wurde dann zurückgedrängt. Als der Mann von dem Beamten ins Gefängnis transportiert wurde, wurde er auf dem Kopf und Arm geschlagen. Zeugen aufzunehmen möge, erhielt er wiederum Schläge. Er wurde dann auf der Stettiner Bahnhofswache eingekerkert und dort wiederum schwer mißhandelt. Nach einiger Zeit Straßendünen um die (Gumst der Schupo zu bilden). Das war die Polizei am 1. Mai, das gegenwärtig im Preussischen Landtag zur Beratung steht, ist der KPD-Beamtenschaft ein willkommenes Anlaß, um zum unzulässigen Male eine Lanze für die grünen Ordnungshüter zu brechen. — So brutale Angriffe auf die Mitglieder der SPD gegen demagogische Arbeiter reiten — nichts kann die Liebe der KPD-Parlamentarier für die „einfachen“ Polizeischergen erschüttern. — Wie, Prolet, du zweifelst daran, daß du wählst, dies sei wieder nur ein neuer „antibolschewistischer Schwendel“? Dann lies nur, was der KPD-Abgeordnete Kasp in dem Bericht über den „Roten Fahne“ vom 12. Mai im Landtage zum Polizeibeamtengesetz sagte:

„Was hat der Gesetzesentwurf gebracht? Einen schändlichen Beschluß des Reichstages. Das Urteil aller Schulpolitiker geht dahin, daß dieses Gesetz keinerlei Verbesserungen bringt, daß es reaktionäre, beamtenfeindliche Fesseln enthält. Die abnehmende Haltung gegenüber diesem Gesetzesentwurf ist nicht nur einseitig bei der Schulpolitiker, sondern bei der gesamten preussischen und deutschen Beamtenschaft. Der Kampf gegen das neue Gesetz wird genau so weitergeführt werden, wie der Kampf gegen das alte Schutzpolizeigesetz. Sehr richtig! bei den Kommunisten.“

Wir werden diesem Gesetzesentwurf, der den Beamten ihre Rechte raubt, nicht zustimmen. Auch ein Überbot von 5 oder 6 Jahren ist für uns undenkbar. Einen Gesetzesentwurf, der die Möglichkeit gibt, die Polizeibeamtenschaft zu entlassen, ist für uns ein Verbrechen. Wir werden diesem Gesetzesentwurf, der die Unfallsorge und die dienstlichen Bestimmungen der Parteien, die den Polizeibeamtenschaft bisher Versprechungen gemacht haben und sie gegen die Kommunisten gehetzt haben, brechen alle ihre Versprechungen ebenso wie die Regierung. Sie wollen nicht einmal eine sachliche Beratung im Beamtenausschuß durchführen, sondern das Gesetz im Hauptausschuß abtun, um dieses Gesetz so schnell wie möglich durchzusetzen. (Stürmisches Gelächter.)

Wir wissen, daß diese Ministerium und die Ministerium partei nicht nur die Koalition einleitet der Beamten beschneiden, sondern den Polizeibeamtenschaft auch die anderen staatsbürgerlichen Rechte, das Wahlrecht usw. zu nehmen beabsichtigen. ... Darum sagen wir den Polizeibeamtenschaft: ein Wendejahr für mich klar erkennen, um was es geht. Ihr dürft nicht erlauben, sondern müßt den Kampf führen gegen alle Reaktionen, wenn es sein muß, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln.“

Wie die von der KPD, so unworbenen „einfachen“ Polizeibeamtenschaft mit dem Proletariat sympathisiert, hat sich erst am Stahlhelmtag wieder eindeutig gezeigt. Die „Rote Fahne“ fällt in ihrer Ausgabe vom 10. Mai ganze Spalten mit ausführlichen Berichten über die Polizeibrutalität vom 8. Mai. Zur Charakterisierung der „einfachen“ Polizeibeamtenschaft wollen wir

lition. Doch das ist nur relativ; niemals dürfen wir verkennen, daß die Zeit mit uns ist, daß sich, wenn auch nicht direkt sichtbar, die kritische Kraft in der Masse auf Grund der ewigen Entbartheit mehr und mehr ausbreitet und ewiger Entbartheitswalter wird und daß in den logischen Konsequenzen einbrechenden Auseinandersetzungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat dieses vermehrte Selbstbewußtsein ist, welches als unüberwindliche Gegner ohne jede Konzession an Zurückgebliebenheit den Sieg erkämpfen wird.

„Eine gezeigte Kraft vermag oft noch nicht die Aufgabe zu erfüllen; und etwas Geringes, dieser gegebenen Kraft hinreichend, ist, in diese zu bewilligen. Was uns noch fehlt, werden wir in den ausbreitenden Massen erfahren. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Frage der Selbstbewußtseinsentwicklung nicht mehr und nicht weniger als das, was der Partei der Revolution allein vor der Revolution diebildeinständige Propaganda der revolutionären Idee. In den Spartakusbroschüren sagt Rosa Luxemburg zu diesem Thema: „Freilich lassen sich Revolutionen nicht auf Kommando machen. Dies ist gar nicht die Aufgabe der sozialistischen Partei. Pflicht ist es, jederzeit unerschrocken auszusprechen, was ist; d. h. den Massen klar und deutlich ihre Aufgaben im gegebenen Moment vorzuhalten, und das politische Aktionsprogramm und die Lösungen zu proklamieren, die sich aus der Situation ergeben. Die Sorge dafür, ob und wann die revolutionäre Massenbewegung sich daran konzipiert, muß der Sozialismus getrost der Geschichte selbst überlassen. Er erfüllt in diesem Sinne seine Pflicht, dann wirkt er als mächtiger Faktor bei der Entfaltung der revolutionären Elemente der Situation und trägt zur Beschleunigung des Ausbruchs der Massenaktionen bei. Aber auch im schlimmsten Falle, wenn er zunächst als Rufer in der Wüste erscheint, dem die Massen ihre Gefolgschaft versagen, schafft er sich, wie es sich am Beispiel der Revolution von 1905 zeigt, ein politisches, moralisches und politisches Prestige heraus, eine feste, wenn die Stunde der geschichtlichen Erfüllung schlägt, ein Zinseszins einheimst.“

Die Praxis der revolutionären Propaganda ist A. St. Pierre zu wenig. Sich nur darauf einzusetzen, zu haben, und so passiv zu sein, ist der Vorwurf, den er der KAPD macht. Und hier verlangt er die Metaphysik, die er oben der KAPD als Laster vorwarf; denn er behauptet nun, daß die subjektiven Momente noch nicht ausreichend gegeben sind, und verlangt direkt ihre absolute Vollständigkeit. Er weiß allerdings, um Dialektik zu bleiben, daß menschlicher Wille sie nicht schaffen kann und muß so folgerichtig zu dem Schluß kommen, daß ihre Ursache, die objektiven Voraussetzungen noch nicht gegeben sind. Er muß zu diesem Schluß kommen, bei einer Aufklärung der Sache, wenn auch ungewollt, metaphysisch die Selbstbewußtseinsentwicklung im sozialdemokratischen Sinne verlangt. Es ist billig und nicht dialektisch, zu sagen: die Revolution ist nicht da, ergo, sie ist noch nicht möglich.“

(Schluß folgt.)

Der parteilose Arbeiter Semrau kam am Sonntag mit seiner Frau gegen 7 Uhr von einem Fußballspiel die Chausseestraße entlang und überquerte diese Ecke Invalidenstraße, da er mit einem Auto nach Hasse fahren wollte, um seine Kinder nicht länger vor der Tür warten zu lassen; Durch die Stahlhelmtage war Gedränge auf der Straße, so daß diese nur schwierig zu überqueren war, und so stand die Frau des Semrau zwischen den Schienen und Straßenbahn, als von beiden Seiten Wagen kamen. Daraufhin sprang ein Sipo binza und stieß die Frau mit den Worten „Geben Sie doch zurück“ gegen eine laufende Straßenbahn. Der Mann, der dies sah, fiel erregt zu dem Beamten und sagte: „Das ist ja unendlich, was man hier gegen eine wehrlose Frau vorgut!“ Darauf wurde er verhaftet. Die Frau wollte daraufhin die Adressen einiger Zeugen aufschreiben und wurde deshalb von dem Beamten mit dem Gummiknüppel auf Kopf und Arm geschlagen. Auch der Mann, der dazwischen sprang, wurde mehrfach geschlagen.

Die empörte Menge wurde dann zurückgedrängt. Als der Mann von dem Beamten ins Gefängnis transportiert wurde, wurde er auf dem Kopf und Arm geschlagen. Zeugen aufzunehmen möge, erhielt er wiederum Schläge. Er wurde dann auf der Stettiner Bahnhofswache eingekerkert und dort wiederum schwer mißhandelt. Nach einiger Zeit Straßendünen um die (Gumst der Schupo zu bilden). Das war die Polizei am 1. Mai, das gegenwärtig im Preussischen Landtag zur Beratung steht, ist der KPD-Beamtenschaft ein willkommenes Anlaß, um zum unzulässigen Male eine Lanze für die grünen Ordnungshüter zu brechen. — So brutale Angriffe auf die Mitglieder der SPD gegen demagogische Arbeiter reiten — nichts kann die Liebe der KPD-Parlamentarier für die „einfachen“ Polizeischergen erschüttern. — Wie, Prolet, du zweifelst daran, daß du wählst, dies sei wieder nur ein neuer „antibolschewistischer Schwendel“? Dann lies nur, was der KPD-Abgeordnete Kasp in dem Bericht über den „Roten Fahne“ vom 12. Mai im Landtage zum Polizeibeamtengesetz sagte:

Die revolutionäre Presse

ist die unersetzliche Waffe in den Händen des revolutionären Arbeiters.

Kein Preis darf zu hoch sein um sie zu stützen und auszubauen. Ihr Kampf ist euer Kampf, ihre Not eure Not.

Unterstützt die „KAZ.“ durch Sammlungen für den Pressfond, durch Werbung neuer Leser und ihr kämpft mit ihr für die Revolution!

Vordergrund, der Kampf für soziale Forderungen, für den Sozialismus überflutet den formalen Demokratismus und für die Republik. (Von uns gesperrt: D. Verl.)

Sehr aufschlußreich ist die von Paul Lobe verteidigte Taktik der SPD. Zuerst alles einseitig, damit die bürgerliche Republik und ihre Besitzer, die kapitalistischen Ausbeuter, vor dem Zugriff ihrer Feinde geschützt und bewahrt wird. Dies hat bekanntlich Noske im Auftrag der SPD, und der „freien“ Gewerkschaften, in einem Meer von Arbeiterblut wafend, vorzüglich ausgeführt. Und jetzt, wo die Kapitalisten fest im Sattel sitzen und die Arbeiter zu spüren bekommen, was „formale Demokratie“ in der bürgerlichen Republik für sie bedeutet, da will man den Kampf gegen den mit eigener Hilfe erstarkten Arbeiter reiten — nichts kann die Liebe der KPD-Parlamentarier für die „einfachen“ Polizeischergen erschüttern. — Wie, Prolet, du zweifelst daran, daß du wählst, dies sei wieder nur ein neuer „antibolschewistischer Schwendel“? Dann lies nur, was der KPD-Abgeordnete Kasp in dem Bericht über den „Roten Fahne“ vom 12. Mai im Landtage zum Polizeibeamtengesetz sagte:

„Was hat der Gesetzesentwurf gebracht? Einen schändlichen Beschluß des Reichstages. Das Urteil aller Schulpolitiker geht dahin, daß dieses Gesetz keinerlei Verbesserungen bringt, daß es reaktionäre, beamtenfeindliche Fesseln enthält. Die abnehmende Haltung gegenüber diesem Gesetzesentwurf ist nicht nur einseitig bei der Schulpolitiker, sondern bei der gesamten preussischen und deutschen Beamtenschaft. Der Kampf gegen das neue Gesetz wird genau so weitergeführt werden, wie der Kampf gegen das alte Schutzpolizeigesetz. Sehr richtig! bei den Kommunisten.“

</

Was lehrt der Stahlhelm-Tag?

Die Berliner Stahlhelm-Parade ist vorüber. Die politischen Schläger-Akte, welche in der Nacht zum 8. Mai...

Es ist ein symptomatisches Zeichen: der Aufmarsch der Faschisten war nur möglich unter dem Schutze eines riesigen Polizeiaufgebotes.

Die Attacken der Berliner Schupo lehnen dem Proletariat ernst, daß die Polizei nur zum Schutze der kapitalistischen Ordnung...

Dieser Kampf kann aber nie und nimmer geführt werden unter der Parole: „Berlin ist und bleibt rot“.

Die beiden italienischen Revolutionäre, die vor 6 Jahren unschuldig zum Tode durch den elektrischen Stuhl verurteilt wurden...

Genossen! Das einzige Verbrechen, das ihnen zur Last gelegt wird, besteht darin, daß sie sich mit ihrer ganzen Energie für den Befreiungskampf des Proletariats einsetzten.

Genossen! Das Proletariat muß sich in Massen öffentlich mit Sacco und Vanzetti solidarisieren, wie es sich solidarisiert mit den politischen Gefangenen der deutschen Demokratie...

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Der politische Bankrott der Korsch Gruppe

Das in Nr. 36 der „KAZ“ zusammengestellte Bild von den Gruppen „Kommunistische Politik“ herrschenden Auffassungen über die Gewerkschaftsfrage widerspricht einem politischen Wirrwarr...

Erhaltung der Amsterdamer Gewerkschaften — hat, sind die beiden Resolutionen der Korsch-Gruppe faktisch der Optimalpunkt politischer Haltung...

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Proletarisches Notizbuch

Die Wirtschaftsdemokratie. Die Direktion der Kammern... Die Wirtschaftsdemokratie. Die Direktion der Kammern...

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

Genossen! Zeigt der kapitalistische Henkerjustiz, daß das Berliner Proletariat es nicht stillschweigend duldet, daß seine Klassenbrüder hingerichtet werden.

China - Rußland - England

Die Raza der englischen Regierung hat der „Roten Fahne“ wieder für einige Wochen Stoff geliefert. Und doch liegen die Gründe dafür so offen zu Tage...

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Ma 1927, Preis 15 Pl., Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifen durch die Post monatlich 1,20 Mk.

Die Ursachen des Börsenkrachs

Der große Börsenkrach beherrscht augenblicklich vollkommen das Interesse der deutschen Bourgeoisie. Die bürgerliche Presse überstrahlt sich in Berühmungsmeditationen...

China - Rußland - England

Die Raza der englischen Regierung hat der „Roten Fahne“ wieder für einige Wochen Stoff geliefert. Und doch liegen die Gründe dafür so offen zu Tage...

Proletarisches Notizbuch

Die Wirtschaftsdemokratie. Die Direktion der Kammern... Die Wirtschaftsdemokratie. Die Direktion der Kammern...

China - Rußland - England

Die Raza der englischen Regierung hat der „Roten Fahne“ wieder für einige Wochen Stoff geliefert. Und doch liegen die Gründe dafür so offen zu Tage...

Die Welt ist geladen mit neu angehäuftem Konfliktstoff, und die bürgerliche Gesellschaft rast, wenn das internationale Proletariat nicht vordem durch die proletarische Revolution die Ursache aller Kriege...

Die Welt ist geladen mit neu angehäuftem Konfliktstoff, und die bürgerliche Gesellschaft rast, wenn das internationale Proletariat nicht vordem durch die proletarische Revolution die Ursache aller Kriege...

Die Welt ist geladen mit neu angehäuftem Konfliktstoff, und die bürgerliche Gesellschaft rast, wenn das internationale Proletariat nicht vordem durch die proletarische Revolution die Ursache aller Kriege...

Die Welt ist geladen mit neu angehäuftem Konfliktstoff, und die bürgerliche Gesellschaft rast, wenn das internationale Proletariat nicht vordem durch die proletarische Revolution die Ursache aller Kriege...

Die Welt ist geladen mit neu angehäuftem Konfliktstoff, und die bürgerliche Gesellschaft rast, wenn das internationale Proletariat nicht vordem durch die proletarische Revolution die Ursache aller Kriege...